

Piraten	19.04.2018
An: Ausschussvorsitzender des ASU Herr Dr. Uwe Rath,	ggf . Nummer
☒ Antrag gemäß § 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag) ☒ Vorschlag zur Tagesordnung (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung) zur Beratung im: ASU ☐ Anfrage (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	nachrichtlich ☒ Bürgermeisterin ☒ Ausschussvorsitzender d. ASU ☒ SPD-Fraktion ☒ CDU-Fraktion ☒ Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ☒ Fraktion bürgerforum ☒ Fraktion DIE LINKE. ☒ Fraktion Solidarität für Witten ☒ FDP-Fraktion ☒ Fraktion WBG ☐ Piraten ☐ WITTEN DIREKT ☐ Pro NRW ☒ fraktionslose Ratsmitglieder ☐ Integrationsrat ☐

Betreff
Bericht über städtische verpachtete landwirtschaftliche Flächen vor einer Entscheidung über ein Glyphosatverbot

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Sehr geehrter Herr Dr. Rath,

hiermit beantragen wir möglichst für den nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz einen Bericht über die städtischen verpachteten landwirtschaftlichen Flächen. Dabei soll der Ausschuss insbesondere über die Antworten zu folgenden Fragen informiert werden:

- Wie viele solche Flächen gibt es?
- Wie viele Landwirte sind derzeit Pächter städtischer Flächen?
- Wie werden diese Flächen bewirtschaftet?
- Welche Maßnahmen zur Unkrautvernichtung werden auf den Flächen derzeit eingesetzt?
- Wie kann die Stadt ein mögliches Glyphosatverbot kontrollieren? Welche Kosten würden beispielsweise durch entsprechende Bodenproben auf die Stadt zukommen? Wie sicher sind solche Proben hinsichtlich der Abgrenzung zu anderen Herbiziden und angesichts dessen, dass Glyphosat noch 10 Jahre nach dem letzten Einsatz nachweisbar ist.

Weiterhin beantragen wir, den betroffenen Landwirten und den sie vertretenden Organisationen, die Gelegenheit zu einer Stellungnahme einzuräumen, wie sich ein Verbot von Glyphosat auf ihre Betriebe auswirken würde, welche Ersatzmaßnahmen sie bei einem solchen Verbot ergreifen würden und ob diese ihrer fachlichen Meinung nach, positiv für Umwelt und Verbraucher wären. Über den Inhalt der eingegangenen Stellungnahmen soll der Ausschuss so bald wie möglich informiert werden.

In diesem Zusammenhang weisen wir mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass Umwelt und Verbrauchern ein Bärendienst erwiesen würde, wenn die Landwirte aufgrund eines Glyphosatverbots auf ein giftigeres, schlechter erforschtes Herbizid umsteigen würden.

Erst wenn die Antworten auf obige Fragen und Stellungnahmen der betroffenen Landwirte vorliegen, kann ein informierter Beschluss über mögliche Verbote getroffen werden. Daher beantragen wir die Beschlussfassung über den Antrag von SPD und CDU zum Thema gegebenenfalls zu schieben, bis dies der Fall ist.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz darf keine Beschlüsse über Landwirtschaft treffen, ohne die betroffenen Landwirte gehört zu haben!

Vielen Dank und viele Grüße,

Björn Frauendienst
(Sachkundiger Bürger PIRATEN)

Roland Löpke
(Fraktionsvorsitzender PIRATEN)

Stefan Borggraefe
(Ratsmitglied PIRATEN)